

Weltweiter Handelsstreit steht dem vorzeitigen Krisenende im Weg



3 Wie entscheiden die höchsten US-Richter bezüglich Trumps Zollpolitik?

Nicht nur die US-Regierung wartet auf das Urteil des Supreme Courts.

4 Deutsche Wirtschaft hofft auf die Trendwende

Experten erwarten zwar leichtes Wachstum, der große Wurf dürfte aber ausbleiben.

5 Top-Thema

Chinas Rohstoffsanktionen bleiben für Europa ein Problem

Der globale Rohstoffmarkt leidet unter der chinesischen Exportpolitik.

8 Deutschland könnte auch im Jahr 2026 in der Krise festsitzen

Trotz hoher Ziele des Bundes rechnen Analysten nur mit leichtem Aufschwung.



EDITORIAL



Matthias Nemack

arbeitet seit 2007 als freier Journalist. Arbeitsschwerpunkte sind die Bereiche Finanzen und Rohstoffe. Im Mittelpunkt stehen in besonderer Weise die Auswirkungen globaler wirtschaftspolitischer Entwicklungen auf die Marktpreise aus Sicht des Einkaufs.

Steht der Handelsstreit vor der entscheidenden Wende?

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

zum Jahresende schien sich die Stimmung in der US-amerikanischen Bevölkerung stetig zu verschlechtern. Die Zustimmungswerte Donald Trumps in Umfragen sanken ein ums andere Mal. Im November erreichten sie in vielen Analysen einen neuen Tiefpunkt. Selbst die Aussicht auf eine mögliche Einigung im Handelsstreit mit Ländern wie China und Indien konnte den Trend nicht bremsen. Und es könnte noch schlimmer kommen, sollte der Supreme Court entscheiden, dass Trumps am Kongress vorbei eingeführte Importzölle nicht rechtens gewesen sind. Erste Kritik seitens des höchsten amerikanischen Gerichts gleich zu Verhandlungsbeginn zeigte: Eine Niederlage des US-Präsidenten ist keineswegs undenkbar. Die Folgen wären weitreichend. Neben einem Imageschaden droht auch eine Neubewertung der erst 2025 abgeschlossenen Handelsabkommen.

Mit besten Grüßen, Ihr

Matthias Nemack

Matthias Nemack,
Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS

NEWS 3



Weltwirtschaft wartet auf das Urteil des Supreme Courts

NEWS 4



Deutschlands Wirtschaft verweilt im kritischen Modus

TOP-THEMA 5



China sitzt bei den Rohstoffen und Lieferketten am längeren Hebel

KURZMELDUNGEN 8



Kein deutscher Aufschwung trotz hoher Ziele des Bundes?



Hier können Sie den Text abhaken, wenn Sie ihn fertig durchgearbeitet haben.



Alle Arbeitshilfen als Downloads unter
www.zolex.de/arbeitshilfen

IMPRESSUM – „Rohstoffeinkauf aktuell“ erscheint 12-mal zzgl. 7 Sonderreporten sowie einem Jahresreport im Jahr bei der VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Theodor-Heuss-Straße 2–4, 53177 Bonn, Tel.: 0228/9 55 01 45, Fax: 0228/36 96 480 • Fragen an die Redaktion senden Sie bitte an: redaktion@rohstoffeinkauf-aktuell.de • Chefredakteur: Matthias Nemack, Dortmund • Herausgeber: Martin Grashoff, verantwortlich (Adresse siehe oben) • Produktleitung: Julia Flinkerbusch, Bonn • Satz: Schmelzer Medien GmbH, Siegen • Druck: PFITZER GmbH & Co. KG, Benzstr. 39, 71272 Renningen • E-Mail: kundenservice@vnr.de • © 2025 by VNR Verlag für die Deutsche Wirtschaft AG, Amtsgericht Bonn, HRB 8165, Vorstand: Richard Rentrop, Bonn • Bonn, Berlin, Bukarest, Jacksonville, Manchester, Passau, Warschau. • ISSN: 2190–7269 • Soweit nicht anders vermerkt, stammen Tabelleninhalte und Charts vom Statistischen Bundesamt. • Dieses Produkt besteht aus FSC®-zertifiziertem Papier. • Dieses monothematische Supplement „Weltweiter Handelsstreit steht dem vorzeitigen Krisenende im Weg“ liegt der Ausgabe 01/2026 von „Rohstoffeinkauf aktuell“ bei.

NEWS

Bringt der Oberste Gerichtshof Trumps Zollpolitik ins Wanken?

Wenn Sie diese Ausgabe erreicht, dürften die Richter des Supreme Courts noch keine Entscheidung bezüglich der US-Strafzölle getroffen haben. Bis zu einem endgültigen Urteil könnten Experten zufolge sogar Monate ins Land ziehen. Was jedoch nach ersten Anhörungen klar wurde: Selbst die von Donald Trump eingesetzten konservativen Richter äußerten sich teilweise skeptisch. Für den US-Präsidenten steht viel auf dem Spiel. Nicht nur sein wirtschaftspolitischer Kurs könnte Schaden nehmen. Für Trump sind Importzölle eine Art Allheilmittel für die heimische Ökonomie und das Fundament seiner Agenda. Ein negatives Urteil könnte auch die kommenden Midterm-Wahlen beeinflussen.

Konservative Richter könnten zum Zünglein an der Waage werden

Einschätzungen in Medien sehen trotz der ersten negativen Statements aus dem Umfeld des Supreme Courts durchaus gute Chancen für den amtierenden US-Präsidenten. Von den insgesamt 9 mit der Prüfung befassten Richtern gelten 6 als konservativ. 3 dieser 6 Richter wiederum hatte Trump selbst während seiner ersten Amtszeit ins Amt gehievt. Im Grunde fallen die Rahmenbedingungen für eine Entscheidung im Sinne der Regierung vergleichsweise gut aus. Zumal die besagten Richter laut Experten als eher „fügsam“ eingeordnet werden. Dennoch dürfte die erste Verhandlungsrunde im Weißen Haus für Stirnrunzeln gesorgt haben. Mit der doch recht offenen Ablehnungshaltung des Gerichts in dieser Weise dürfte dort niemand gerechnet haben. Die Zweifel am rechtlichen Fundament der Zollpolitik wurden klar zum Ausdruck gebracht. Weiterhin könnte sich das Gericht zumindest bedingt an den bisherigen Urteilen orientieren.

Zuletzt hatte ein Berufungsgericht die verhängten Zölle für nicht rechtmäßig erklärt und nochmals betont: Das Verhängen von Zöllen obliegt gemäß dem Prinzip der Gewaltenteilung nicht dem Präsidenten, sondern dem Kongress. Ob der Supreme Court zur selben Auffassung kommen wird, darüber konnte Ende November nur spekuliert werden.

Das Gericht nimmt die Zollpolitik Trumps unter die Lupe

Bekannt hingegen ist, dass innerhalb der Regierung schon seit Wochen Vorbereitungen für den Ernstfall laufen. Nicht nur auf nationaler Ebene, indem andere rechtliche Optionen geprüft werden, sollte das Gericht die Importzölle auf Basis des International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) für widerrechtlich erklären. Ungeachtet des möglichen Rückschlags führen die USA laufende Verhandlungen mit China und Indien fort. Gleichzeitig wurde ein neues Handelsabkommen mit Argentinien geschlossen. Guten Willen in diesem Kontext zeigte Trump, indem er mittels Dekret unter anderem Zölle auf etliche argentinische Lebensmittel wie Rindfleisch und Bananen senkte.

Uneigennützig war diese Entscheidung keinesfalls. Vielmehr waren die Zollsenkungen vorrangig Folge des zunehmenden

Unmuts innerhalb der Bevölkerung wegen ausufernder Lebensmittelpreise. Im Rahmen einer groß angelegten Initiative will die Regierung Verbraucher zeitnah deutlich entlasten. In Zeiten sinkender Zustimmungswerte ein logischer Schritt.

Trump's Team versucht, dem Urteil des Supreme Courts vorzubeugen

Beim Abkommen mit Argentinien soll es nicht bleiben. Darüber hinaus laufen Gespräche mit Ecuador, El Salvador und Guatemala. Weitere südamerikanische Staaten hat Trump ebenfalls für vergleichbare Übereinkünfte ins Visier genommen. Eine Annäherung deutete sich in den letzten Wochen ebenfalls bezüglich der Beziehung zu der Schweiz an. Der Wirtschaft der Alpenrepublik hatte der harte Zollkurs gegenüber Europa in vielen Branchen besonders schwer zugesetzt. Vor allem die wichtige Schweizer Pharmaindustrie hatte aufgrund der Zolldrohungen der Trump-Regierung weitreichende Investitionen in den USA angekündigt. Laut Insiderkreisen in der Schweiz könnte sich dieses Zugeständnis sehr günstig auf die Chancen für ein Handelsabkommen ausgewirkt haben. Von beiden Seiten hieß es inoffiziell, es gebe bereits eine Einigung für baldige Zollsenkungen auf Schweizer Waren und Güter. Dreh- und Angelpunkt für einen endgültigen Verhandlungserfolg sind aus Sicht der US-Regierung mehrere Faktoren. Einerseits brauche es eine Reduzierung des Schweizer Handelsüberschusses.

Andererseits müssten die Zölle auf US-Produkte wesentlich gesenkt und Fertigungsprozesse in die USA verlegt werden.

Ein Teilerfolg für den Berner Bundesrat war eine Korrektur der US-Zölle auf Importe „Made in Swiss“ von vormals 39 auf 15 %. Das größere Engagement der Regierung Trump an vielen Fronten des Handelskriegs lässt sich fraglos auch als Reaktion auf den potenziellen Dämpfer durch den Supreme Court interpretieren. Von der etwas offeneren Handelspolitik dürften sich die Richter zwar eher nicht beeindrucken lassen. Für die Zeit nach einem Angriff auf Trumps „zollpolitische Achillesferse“ könnten neue Abkommen aber ein hilfreiches Instrument zur Schadensbegrenzung sein. Nicht nur für die USA. Wie verbindlich aktuelle Einigungen für den US-Präsidenten sind, bleibt abzuwarten.

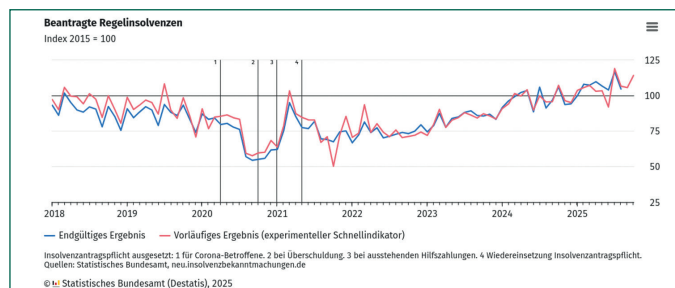
Deutsche Wirtschaft: Kein Wachstumsboom, aber Besserung

Nach immer neuen internen Querelen schien sich zur Mitte des 4. Quartals endlich wieder etwas Ruhe in der Großen Koalition abzeichnen. Ein heikles Thema war die Diskussion über eine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Die Notwendigkeit einer Stärkung der Bundeswehr sehen auch große Teile der Opposition. Die mögliche Überarbeitung des Rentensystems hingegen ist selbst innerhalb der Union durchaus ein Streitthema. Währenddessen gab es rein wirtschaftlich gesehen sowohl eine gewisse Hoffnung auf einen Aufschwung als auch eine Verschärfung bekannter Probleme. Positiv fiel etwa das aktuelle Herbstgutachten der EU aus. Sie erwartet für die deutsche Wirtschaft im Jahr 2026 eine bessere Entwicklung als im Rahmen ihrer vorherigen Analyse.

DIHK ruft Politik zu mehr Entscheidungsfreude auf

Ein Sorgen thema der heimischen Wirtschaft blieb der nochmalige Anstieg der beantragten Regelinsolvenzen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg der Wert im Oktober im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (in vorläufigen Zahlen) um 6,5 %. Im September hatten die gemeldeten Firmenpleiten um 10 % über dem Wert aus dem Vorjahr gelegen, im August gar um 12,2 % über dem Vorjahresmonat. So deutete sich zwar insgesamt ein Abwärtstrend an. Für die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) sind die Entwicklungen dennoch ein Anlass, um Alarm zu schlagen.

DIHK-Chefanalyst Volker Treier warnte, es habe seit einem Jahrzehnt keine derart hohe Zahl in einem August gegeben. Was es nun brauche, seien schnelle wirksame Entlastungen. Die vorliegenden Maßnahmen zum Abbau der Bürokratie könnten nur ein erster Schritt von vielen sein.



Im Frühjahr gingen bei Amtsgerichten viele Insolvenzanträge ein (Quelle: Statista).

Zahl der Insolvenzen könnte noch für längere Zeit steigen

Die Bundesregierung müsse beispielsweise endlich die wiederholt versprochene Senkung der Stromsteuer für die Industrie auf den Weg bringen. Auch eine Begrenzung stetig steigender Sozialausgaben sei unverzichtbar. Vor allem die Sozialausgaben seien eine erhebliche Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Ein Problem seien darüber hinaus die Anreize für eine höhere Konsumbereitschaft in der Bevölkerung sowie der Ersatz für verschiedenste inzwischen ausgelaufene Ausnahmeregelungen aus der Corona-Zeit. Die DIHK erwartet für das gesamte laufende Jahr über 22.000 Unternehmensinsolvenzen. Das kommende Jahr könnte zum Höhepunkt der Pleitewelle werden. Der

Kreditversicherer Allianz Trade ging zuletzt von 24.500 Firmeninsolvenzen in 2026 aus, bevor die Konjunkturmaßnahmen der Regierung ab 2027 einen Rückgang um 4 % bringen könnten.

Deutsche Wirtschaft im Euroraum weiter am Ende des Rankings

Die Wiesbadener Statistiker mussten im November allerdings nicht nur schlechte Nachrichten vermelden. Parallel zum Anstieg der Pleiten als Folge der konjunkturellen Flaute verzeichnete die Behörde einen Positivtrend bei den Neugründungen. Im Bereich der nach Rechtsform und Zahl der Beschäftigten wirtschaftlich relevanten Unternehmen gab es in den ersten 3 Quartalen ein Plus von 9,5 %. Der Bund muss für Stabilität sorgen, um diesen Trend zu fördern. Für erste Erfolge der politischen Interventionen sprechen die Daten der Europäischen Kommission für das kommende Jahr.

Das Herbstgutachten rechnet für 2026 mit einem Plus des Bruttoinlandsprodukts von 1,2 % (bisher +1,1 %). Noch würde Deutschland damit wie gehabt unter dem Durchschnittswert von 1,4 % aller Euroländer liegen. 2025 dürfte der Anstieg lediglich 0,2 % betragen.

Industriestrompreis und zusätzliche Energieressourcen in Planung

Für einen schnelleren Aufschwung hatte sich die Bundesregierung unter Kanzler Friedrich Merz Mitte November auf mehrere Krisen-Maßnahmen verständigt. Es ging insbesondere um 2 zentrale Beschlüsse mit dem Ziel, der Wirtschaft zügig auf die Sprünge zu helfen. Ein Beschluss sieht die viel diskutierte Einführung eines Industriestrompreises vor. Für den Koalitionsausschuss von Union und SPD ein richtungsweisender Ansatz. Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), nannte die Maßnahme einen „nützlichen Baustein“. Um eine „echte Standortoffensive“ handle es sich aber nicht.

Steuerliche und bürokratische Entlastungen seien ebenso wichtig. In diesem Punkt war sich Wolfgang Große Entrup mit Volker Treier von der DIHK einig. Eine „Kraftwerkstrategie“ soll künftig Lücken bei der Versorgung mit Energie aus erneuerbaren Quellen sicherstellen. Das Vorhaben wurde nicht nur bei Klimaschützern umgehend kritisiert.

TOP-THEMA

Chinas Exportpolitik bedroht Deutschland und den Rohstoffmarkt

Viel war über die Auswirkungen des Handelskriegs zwischen den USA und China spekuliert worden. Dass der Konflikt letztlich nicht nur die beiden Staaten treffen würde, war absehbar. Experten hatten gewarnt, die Volksrepublik könnte Europa und insbesondere Deutschland als Zwischenlösung nutzen, um Absatzeinbrüche zu umgehen. Eben diese Mahnungen werden inzwischen durch verschiedene Analysen bestätigt. Höhere Einfuhraten aus der Volksrepublik führen zusehends zu fallenden Preisen auf dem deutschen Markt. Diese Verlagerung wird für viele deutsche Industriesparten mehr und mehr zum Risiko. Scheitern Gespräche zwischen Washington und Peking, könnte die Lage noch ernster werden.



Deutschland als USA-Ersatz? So umgeht China Ausfälle im Handelsstreit

Zum Redaktionsschluss war es eine aktuelle Analyse des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), die medial für einiges Aufsehen sorgte. Dabei war es vorrangig eine Erkenntnis, durch die sich viele Unternehmen in ihrer Wahrnehmung bestätigt sahen. Gegenüber dem Vorjahr sind die Exporte chinesischer Produkte wie erwartet gesunken. Das IW beziffert das Minus auf 16 %. Im selben Zeitraum legten chinesische Exporte nach Deutschland um 11 % zu. Gemäß den Berechnungen des Instituts fielen die Preise besagter Waren um fast 4 %. Von einer Überschwemmung des deutschen Marktes mit Produkten aus China kann angesichts dieser Zahlen jedoch nicht die Rede sein.

Gleichwohl bestätigen die Daten, dass die eingangs erwähnte Angst vor Dumpingpreisen chinesischer Mitbewerber durchaus berechtigt ist. Bei 1.558 Warengruppen von Anbietern aus China, deren US-Einfuhren von Januar bis Ende Juni zurückgegangen sind, ermittelte das Institut einen mengenmäßigen Anstieg der Importe um 10 % oder mehr im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.



China nutzt Deutschland, um seine Exporteinbußen in den USA auszugleichen (Quelle: selbst).

Automobilbranche wird erneut zum Spielball Chinas

Allzu häufig traf dieser Trend industrielle Kernbereiche, die üblicherweise einen deutschen Exportüberschuss aufweisen. Hier lag der Anstieg im 2. Quartal 2025 in Teilen gar bei über 100 %. Chinas Verlagerung auf den deutschen Markt fällt also oft gravierend aus. Wie problematisch die Entwicklung ist, zeigt sich etwa an Chinas Zuwächsen im Automobilsektor und der chemischen Industrie. Beide Branchen sind bekanntermaßen ein sonst verlässlicher Grundpfeiler der deutschen Wirtschaft. Während die Importe von Plug-in-Hybrid-Pkw aus China in die USA im 1. Halbjahr 2025 um gut 99 % gesunken seien, stiegen die Einfuhren nach Deutschland um mehr als 130 %. Bei Autoteilen fielen die Kalkulationen noch deutlicher aus. Hier zeigte sich im 2. Quartal ein Plus der Einfuhrmengen aus China um sage und schreibe 182 %. Zum Vergleich: Im selben Quartal wurden aufgrund des Handelsstreits 5 % weniger Komponenten in die USA geliefert. In der chemischen Industrie zeigten sich ähnliche Tendenzen.

IW sieht Brüssel in der Pflicht, dringend zu reagieren

IW-Experte Jürgen Matthes sprach angesichts dieser Export-Verschiebungen eine unmissverständliche Warnung aus: Deutschland werde für Chinas Wirtschaft durch die Abschottung der USA gegenüber China immer mehr zu einem Ausweichmarkt. Peking kritisiere die angeblichen Wettbewerbsverzerrungen durch die Politik der USA und Europas. Mit Subventionsprogrammen und einer Abwertung der eigenen Währung arbeite die chinesische Regierung gleichzeitig mit Maßnahmen, die sie anderen Handelspartnern vorwirft. Der Druck auf deutsche Schlüsselindustrien – beispielsweise in der seit Jahren angeschlagenen Automobilbranche – wachse so überproportional. In dieser Phase

seien Reaktionen aus Brüssel gefragt. Die EU müsse ihre Zurückhaltung ablegen und stärker mit Ausgleichszöllen arbeiten. Nur so lasse sich die Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen erreichen.

Die Vormacht im Rohstoffkampf bleibt unter chinesischer Kontrolle

Die Verschärfung der Situation durch den chinesischen Exportausbau in Richtung Deutschland kommt für die deutsche Wirtschaft zu einem schwierigen Zeitpunkt. Obwohl die letzten Gespräche zwischen den großen Widersachern China und USA Hoffnung auf einen nachhaltigen Waffenstillstand aufkeimen ließen: Die Ruhe im Handelskrieg bleibt nach Einschätzungen von Beobachtern fragil. Präsident Trump konnte bei den Seltenen Erden zunächst einen 12-monatigen Zugang zum chinesischen Markt sicherstellen. Doch nicht nur Trump ist dafür bekannt, sich von Emotionen leiten zu lassen und den Frieden zu gefährden. Für China geht es ebenfalls in erster Linie um die eigenen Interessen. Und Peking hält insbesondere bei den Seltenen Erden einen Hebel mit eindrucksvoll hohem Gewicht in Händen. Schließlich sind die besagten Rohstoffe nichts weniger als das Rückgrat vieler moderner Technologien. Handschlag-Vereinbarungen zwischen Vertretern der Regierungen in den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik sind insofern mit Vorsicht zu genießen.

An den Möglichkeiten zur Reglementierung des Zugangs zu Reserven auf chinesischer Seite ändern die Abkommen wenig. China kann im Handumdrehen für die Unterbrechung globaler Lieferketten sorgen. In der ein oder anderen Form sind die Lieferwege auf die chinesische Mitwirkung angewiesen. So kann der chinesische Präsident Xi trotz wirtschaftlicher Vereinbarungen ohne weiteres die Entwicklung Künstlicher Intelligenz in anderen Regionen weltweit kontrollieren.

Weltweiter Bedarf an Neodym kann ohne China nicht gedeckt werden



Der Neodym-Preis stabilisiert sich um 70.000 chinesische Renminbi/Yuan (Quelle: tradingeconomics.com).

Ein Exempel in diesem Zusammenhang ist ein weiteres Mal der Kurs des begehrten Lanthanoids, das nicht nur im Automobilsektor, sondern auch für den Elektronik- und Rüstungsbereich bedeutend ist. In den Ausgaben des Jahres 2025 spielte der Wert immer wieder eine zentrale Rolle. So auch in diesem Fall, denn der Kurs ist ein geeigneter Stellvertreter für den gesamten Markt Seltener Erden.

Preissprünge wie bei Neodym sind in ähnlichem Umfang bei anderen Seltenen Erden erkennbar. Bei etlichen Werten der Sparte ist die Weltwirtschaft zu nahezu 100 % auf die Versorgung aus China angewiesen. Entweder durch chinesische Reserven oder wegen der Weiterverarbeitung von Beständen durch Unternehmen aus der Volksrepublik. Bei den 17 als Seltene Erden zusammengefassten chemischen Elementen lag der Preisanstieg im 3. Quartal 2025 im Schnitt bei 8,2 %, wie Berechnungen der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) zeigten. Verglichen mit dem Vorquartal (+8,9 %) bleibt Chinas Dominanz hier ungebrochen. Wie abhängig die deutsche Wirtschaft von Chinas Seltenen Erden ist, zeigte eine aktuelle Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Sie attestiert, dass 17 % der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe bei der Produktherstellung direkt oder indirekt mit Seltenen Erden arbeiten. Mehr noch: 22 % der Bruttowertschöpfung hängen an den Rohstoffen der Sparte. Im Automobilsektor liegt der Wert laut der Erhebung bei 67 %. Mit Blick auf Neodym sei die Preisabhängigkeit besonders bedenklich, gefolgt von Praseodym.

Automobilhersteller suchen nach Möglichkeiten zur Umstellung

Dass es durchaus Alternativen zur Abhängigkeit von Chinas Seltenen Erden gibt, zeigt das Umdenken beim Autobauer BMW. Bei der Produktion von Elektromotoren neuerer Generationen setzt der Konzern zunehmend auf „fremderregte Synchronmotoren“, die ohne einen Permanentmagneten auskommen und somit ohne Varianten wie Neodym-Eisen-Bor-Magnete. Das erforderliche Magnetfeld wird vollständig über einen elektrischen Ansatz erzeugt. Diesen speziellen Weg müssen sich Unternehmen aber leisten können und wollen. Bis dem Sektor ein genereller Umstieg auf neue Technologien gelingt, wird die Abhängigkeit von China bestehen bleiben. Die Branche belegt in Deutschland mit weitem Abstand Platz 1 der größten Abnehmer von Neodym und Praseodym.

Der oft bemühte Hinweis, Seltene Erden seien weniger selten, als es der Name vermuten lässt, greift zu kurz. Obwohl einige der 17 Elemente in der Tat häufiger als Gold in der Natur vorkommen, können sie nur mit erheblichem Finanz- und Energieaufwand in ihrer Reinform gewonnen werden. Aus diesem Grund verzichten viele Länder auf eigene Förderprogramme und setzen stattdessen auf die Versorgung durch chinesische Anbieter. Commerzbank-Ökonom Volkmarr Baur betont, dass es heutzutage

kaum möglich sei, Hochleistungs-Neodym-Eisen-Bor-Magnete auf dem Markt zu erwerben, die ohne schwere Seltene Erden aus China auskommen.

Nickel könnte 2026 noch weiter nachgeben

Chinas Exportkontrollen bei Rohstoffen hinterlassen deutliche Spuren auf dem Weltmarkt. Die Aussetzung der Sanktionen nach den Gesprächen mit den USA hinterlässt den Eindruck eines Zugeständnisses, könnte am Ende dennoch eher eigenen Interessen dienen und dem Weißen Haus eine nur scheinbare Ruhe vorgaukeln. Darauf deuten beispielsweise die Milliarden-Investitionen in neue riskante Bergbauprojekte hin. Im Westen fehlte es an vergleichbaren Aktivitäten. Bei einigen Rohstoffen immerhin zeigte sich eine preisliche Entspannung. Erwähnung verdient hier vor allem Nickel.



Der Nickelpreis steuerte zum Jahresende eine Korrekturphase an (Quelle: finanzen.net).

Nach dem letzten Versuch eines Anstiegs auf über 15.000 € – und im Frühjahr zuvor auf mehr als 20.000 € – gab der Nickelpreis zuletzt trotz Korrekturen weiter nach. Im laufenden Jahr sank der Kurs dem Chart zufolge in Richtung von 12.500 €. Selbst ein Rückgang in 2-stellige Regionen ist jedenfalls theoretisch bis zum Jahreswechsel denkbar.

Ohne China leidet nicht nur der Rohstoffeinkauf

China setzt im Wettbewerb eben nicht nur auf Beschränkungen bei der Lieferung wichtiger Rohstoffe. Die Regierung geht noch deutlich weiter, indem sie das Lieferketten-Ökosystem als Ganzes gefährdet. Ein Verbot des Exports von Verarbeitungsausrüstung und des Transfers von Raffinierungswissen kam ebenfalls zu einem strategisch schlechten Zeitpunkt für Europa und andere Partner. Selbst ein vorübergehendes Aussetzen der geltenden Regularien bietet nur bedingt Sicherheit. Denn Peking behält es sich vor, die Maßnahmen jederzeit wieder vollständig in Kraft zu setzen oder noch zu verschärfen. Auch deshalb sind die Resultate der Gespräche mit China für die USA keine langfristige Garantie für einen Handelsfrieden.



WAS EINKÄUFER TUN KÖNNEN, UM UNABHÄNGIGER ZU WERDEN

Eine Erkenntnis für den Einkauf in Deutschland lautet: Zumindest teilweise gibt es durchaus Möglichkeiten, sich von teuren Offerten internationaler Anbieter zu verabschieden. Der Kupferproduzent und -wiederverwerter Aurubis macht es vor. Das Unternehmen will in Zukunft Kupferkonzentrat über das nordschwedische Viscaria-Projekt beziehen. Das ist ein wichtiges Signal für eine stärkere Kooperation auf europäischer Ebene, um geopolitische Unsicherheiten auszugleichen. Auch in anderen Branchen könnte dieser Vorstoß in den kommenden Jahren Schule machen.

Weltbank-Prognose zu Rohstoffen fällt uneinheitlich aus

2026 könnte für den Rohstoffeinkauf zu einem zweiseitigen Schwert werden. Für die Bereiche Lebensmittel und Energie gehen die Analysten von einer Bereinigung aus, die sowohl Verbraucher als auch die Industrie entlasten könnte. Im Fall von Öl begründen die Experten die Vorhersage durch das erwartete Überangebot, während die Nachfrage gleichzeitig langsamer zulegen könnte. Durch den Anstieg des CO₂-Preises könnten die Kosten für Benzin, Diesel und Heizöl wiederum auf einen Ausbruch zusteuern.

Sorgenkind bleiben die Edelmetalle Gold und Silber. Bei Silber hält die Weltbank eine Verdopplung des Kurses für denkbar. Sollte sich diese Erwartung bestätigen, könnte der Kurs die Performance des Überfliegers Gold eindeutig in den Schatten stellen.



AUSSICHT AUF STABILITÄT BEI ROHSTOFFPREISEN AB DEM JAHR 2026?

Edelmetalle sind letztlich nur ein Bereich des Marktes, für den sich Einkäufer in naher Zukunft mehr Sicherheit wünschen. Werte wie Aluminium oder Kupfer schienen zur Mitte des 4. Quartals in einer Korrektur angekommen. Verlassen sollten sich Unternehmen auf diese Tendenz aber nicht. Das laufende Jahr hat mehrfach demonstriert, wie schnell sich Auf- und Abschwünge ablösen können. So wird das Abpassen des richtigen Moments für die Aufstockung der Bestände noch entscheidender, um Mehrkosten zu vermeiden. Hier braucht es analytisches Geschick und gute Lieferkontakte.

KURZMELDUNGEN

Unklare Bedingungen für die Wirtschaft zum Jahreswechsel

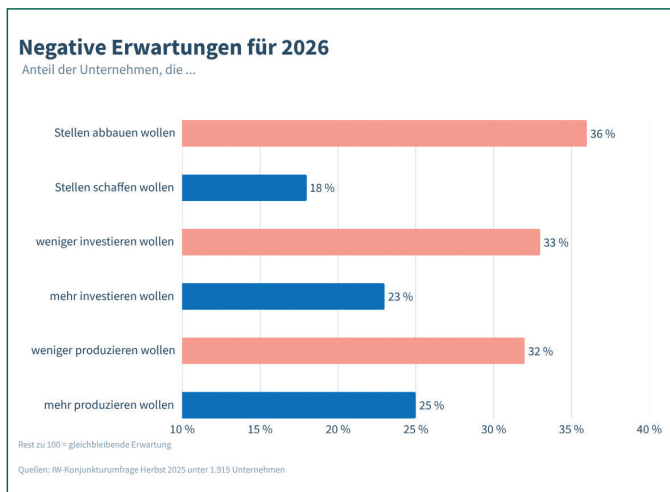
Die Einschätzung der EU-Kommission zum Wachstum der deutschen Wirtschaft ist bereits ein klarer Indikator: Die Krise als solche bleibt auch im kommenden Jahr steter Begleiter. Damit verbunden scheint ebenso sicher, dass Deutschland abermals nicht allzu bald an die Spitze der Industrienationen im Euroraum zurückkehren wird. Ganz zu schweigen von der früher guten Stellung Deutschlands im internationalen Umfeld. Die Experten des Internationalen Währungsfonds (IWF) sagten im Herbst ein geringes Wachstum für das Jahr 2026 voraus. Mit einem Plus von 0,9 % lag die Prognose allerdings 0,4 % unter der Erwartung der Bundesregierung, die in der Vergangenheit mehrfach optimistischer als internationale Ausblicke ausgefallen war. Der Bund setzt bei der Wachstumshoffnung vor allem auf eine bessere Inlandsnachfrage.

Der Druck durch die USA bleibt allgegenwärtig

Dass die Annahmen zur Entwicklung der deutschen Wirtschaft so durchwachsen ausfallen, liegt in erster Linie daran, dass Analysten den globalen Unsicherheiten im Handel eine unterschiedliche Bedeutung beimessen. Auf nationaler Basis fließen naheliegenderweise die Ziele der Bundesregierung zur Stabilisierung der Preise und die angestrebte Entlastung der Industrie durch diverse Maßnahmen des Bundes ein. Die Hoffnung auf einen Anstieg der Beschäftigung durch Investitionen in die heimische Infrastruktur fällt in diesem Zusammenhang ebenfalls ins Gewicht. Zumindest für das laufende Jahr sieht der Internationale Währungsfonds wie erwähnt keine günstige Entwicklung. Berlin wiederum erkennt auch in steigenden Staatsausgaben im Verteidigungssektor einen eindeutigen Wachstumsfaktor für die nächsten Jahre.

Der erhoffte Beschäftigungsanstieg könnte der privaten Konsumbereitschaft Vorschub leisten. Eines zeigen die Berechnungen des IWF: Bisher litten Spanien und Deutschland am stärksten unter Trumps aggressiver Zollpolitik. Diese Probleme zu beheben könnte mehr Zeit in Anspruch nehmen, als es sich die Regierung Merz wünscht.

Das Ende der Wirtschaftskrise lässt auf sich warten



Deutsche Firmen wollen sowohl Stellen als auch Investitionen reduzieren (Quelle: IW-Institut).

Warum die Pläne der Großen Koalition dringend Wirkung zeigen müssen, zeigt eine Konjunkturumfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Der Auswertung zufolge will 1 von 3 deutschen Unternehmen im kommenden Jahr mehr Stellen abbauen.

Nicht minder problematisch als der drohende Abbau der Arbeitsplätze im Rahmen der Erhebung sind die Zahlen zu Investitions-senkungen und wahrscheinlichen Produktionsrückgängen im Jahr 2026 durch die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen, die aus der neuesten IW-Unternehmensbefragung unter knapp 2.000 Teilnehmern hervorgehen. Die Studie zeigt eine offenkundige Fortsetzung der deutschen Investitionskrise. Seit nunmehr 5 Halbjahren hält diese negative Phase der Investitionserwartungen in den Befragungen des Instituts inzwischen an.

Wie steht es um die Erfolgsaussichten der Regierungskonzepte?

Michael Grömling, Konjunkturrexperte beim IW, sieht die Ursachen der schlechten Aussichten wie viele Experten einerseits im geopolitischen Stress und andererseits in „hausgemachten Standortproblemen“. Zu nennen seien dabei wie so oft die hohen Kosten in den Bereichen Energie, Bürokratie und Beiträge für Sozialversicherungen. Ob milliardenschwere staatliche Sonderprogramme die gewünschte Wirkung haben können, sei nicht so sicher, wie es der Bund nach außen gerne darstellt. Zweifel an den wirtschaftlichen Maßnahmen der Koalition äußerte Mitte November nicht zuletzt die Wirtschaftsweise Monika Schnitzer.

Wirtschaftsweise sieht Gefahr punktueller Entlastungen durch Regierungsideen

Die Wirtschaftswissenschaftlerin kritisierte, Gelder der Wachstumsinitiative des Bundes würden in falsche Maßnahmen fließen. Als Beispiel erwähnte Schnitzer die Reduzierung der Luftverkehrsabgabe und die Senkung der Gastronomie-Mehrwertsteuer. Die Bundesregierung müsse beweisen, dass sie nicht nur auf Forderungen von Branchen mit starker Lobby reagiert, sondern bei ihren Haushaltsplänen auch gesamtwirtschaftliche Notwendigkeiten vor Augen hat.